



HESSISCHER LANDTAG

17. 08. 99

Dem
Haushaltsausschuss und dem
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
überwiesen

Berichts Antrag

**der Abg. Alexander Müller, Rupert von Plottnitz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion**

**betreffend staatsanwaltliche Durchsuchungen bei Mitarbeitern der
Frankfurter Flughafengesellschaft**

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. a) Trifft es zu, dass im Zusammenhang mit einem in Berlin gegen den Geschäftsführer der Firma WIB anhängigen Ermittlungsverfahren Hausdurchsuchungen in den Büros und Privatwohnungen von Mitarbeitern der Frankfurter Flughafengesellschaft (FAG), darunter auch Mitglieder des Vorstandes der FAG, durchgeführt wurden?

b) Falls ja, was war der Anlass und die Begründung der richterlichen Durchsuchungsanordnungen, die den durchgeführten Durchsuchungen zugrunde lagen?
2. Wie ist der Stand des Vergabeverfahrens in der Frage des Baus und des Betriebs des in Berlin-Schönefeld geplanten Großflughafens, nachdem das Kammergericht in Berlin die Auftragsvergabe an das von der Firma Hochtief geführte Bewerberkonsortium, zu dem auch die FAG gehört, aufgehoben hat?
3. a) Besteht im Hinblick auf das in der Frage zu Ziffer 1 angeführte Ermittlungsverfahren oder aus Gründen, die mit der Entscheidung des Berliner Kammergerichts zusammenhängen, das Risiko, dass das von der Firma Hochtief geführte Konsortium von einer erneuten Bewerbung um die Vergabe des Bau- und Betriebsauftrags ausgeschlossen wird oder werden kann?

b) Falls ja, wie werden sich im Falle eines Bewerbungsausschlusses die finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen für die FAG bzw. für das Land Hessen als Anteilseigner darstellen?

Wiesbaden, 12. August 1999

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Frank Kaufmann

**Alexander Müller
Rupert von Plottnitz**